GRATIS

tacheles

Zeitung für Emanzipation und Solidarität
Ausgabe 61 · Frühjahr 2015 · Kostenlos

Solidarische Landwirtschaft im Ittertal statt Flächenfraß

Seite 3

Inhalt

Gemeinsame Landwirtschaft bei Fürkeltrath 3
Regionalplan: Einsprüche für das Ittertal 4
Vegan Essen in Solingen 5
Kein PPP Schwimmbad für Solingen 6
Genug gekürzt Solingen! Zum Haushalt 2015 7
Digitales Bergisches Informationzentrum 8
Kurzmeldungen: Hartz IV, Wohnen, Gesundheit 9
Aufruf zum Gedenken an den 72. Jahrestag der Deportation Solinger Sinti 10
Rede von Superintendentin Ilka Werner zum Gedenken an die Solinger Sinti nach Auschwitz 11
Internationale Kurzmeldungen 12
Stop Folter: Für eine Welt frei von Folter 13
V-Mannland auch in Solingen 14
Zivil-militärisch 15
Pfandsammeln bald Strafbar? 15
Bürgerfunkprogramm, Sterbehilfe für Lokalradios? 15

Impressum

tacheles – Zeitung für Emanzipation und Solidarität
Die Zeitung wurde von dem Redaktionskollektiv erstellt. Auflage 3000
Kontakt & Zuschriften: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen
E-Mail: tacheles-solingen@gmx.de
www.tacheles-solingen.de
Druck: Ordensgemeinschaft–Beschäftigungshilfe Düsseldorf, Römerstr. 9, 40476 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 44 93 98 70
Ausgabe 61 - 15. März 2015
ViSdP und Herausgeber: Frank Knoche c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen
Bankverbindung:
Bürgerinitiativen-Büro Solingen e. V.
BLZ 330 605 92 (Sparda-Bank)
Konto-Nr. 546 4641
Layout: Heinz Mähner
Titelbild: Privat

Wie 1945 Wald vor der Zerstörung gerettet wurde

Erinnerung an die Widerstandskämpfer Karl Bennert, K. Rauh, F. Rauh, A. Borgemanns, A. Dillenberg, H. Merten

Anlässlich der kampflosen Übergabe von Wald im April 1945 will die Walder Bezirksvertretung mit einer Steele vor dem Walder Rathaus an die Verdienste der Widerstandsgruppe um den Kommunisten Karl Bennert (4.7.1912 -14.2.2000) erinnern.

Damals versuchten SS und Gestapo durch Gewalt und Terror das Ende des Krieges hinauszuzögern. Die Walder Widerstandsgruppe trat ihnen mutig entgegen. Sie rief die Bevölkerung auf, zum Zeichen des Friedenswillens weiße Tücher aus den Fenstern zu hängen. Der Turm der Walder Kirche wurde, weit sichtbar, weiß beflaggt. Eine SS-Patroullie nahm jedoch eine Reihe weißer Fahnen unter Beschuss. Dabei wurde eine Frau getötet. Unter Lebensgefahr entwaffnete die Gruppe die NSDAP-Leitung im Walder Rathaus. Panzersperren, die den Einmarsch der amerikanischen Truppen blockieren sollten, baute sie ab. Damit konnte die Zerstörung unseres Stadtteils verhindert und weitere Menschen vor dem Tod bewahrt werden. In anderen Stadteilen Solingens wartete man ab, bis die US-Armee den Widerstand der Nazis unter Kontrolle hatte.

Während die amerikanische Besatzung Karl Bennert daraufhin noch mit der Aufdeckung der Kriegsverbrechen am Wenzelnberg beauftragte und unterstützte, behinderte die, der US Armee folgende englische Besatzungsmacht, diese. Die Täter vom Wenzelberg, welche 72 Häftlinge wenige Tage vor Kriegsende umbrachten, konnten so bis heute nicht ermittelt und zur Rechenschaft gezogen werden.

Frank Knoche

Frauen und Café Courage Initiativen Treff e.V.
Klemens-Horn-Str. 3
42655 Solingen
Tel.: 0212 27 36 35

Mittwochs offene Tür

von 12:00 bis 15:00 Uhr
Offener Willkommenstreff für Flüchtlinge und UnterstützerInnen

von 15:00 bis 18:00 Uhr
Koffieklatsch

Titelfoto: Lutz Ischebeck und Daniele Schaefer auf dem Kirberghof. Die Stadt will den hochwerdigen Boden zerstören und hier das Gewerbegebiet Fürkeltrath 2 errichten.

GEMEINSAM LANDWIRTSCHAFTEN

ein Angebot für neugierige Städter

Meine beiden Großväter wurden 100 Jahre alt und waren bis zuletzt gesund und aktiv. Sie aßen, was auf den Feldern wuchs, und lagerten für den Winter Gemüse ein. Meine Großmütter kochten ein und trockneten Kräuter für Tee. Ein einfaches Leben entlang der Naturzyklen. Als Kind mochte ich das.

Uns allen steckt das Anbauen von Gemüse eigentlich noch in den Genen, denn viele Tausend Jahre war das die Hauptarbeit unserer Spezies. Erst vor sehr kurzer Zeit ging der Mensch dazu über, diese Arbeit nicht mehr selbst auszuführen, sondern sie zu delegieren: 2 % der Menschen müssen heute die gesamten 98 % sattbekommen, die inzwischen im Winter gern mal nach Himbeeren fragen. Gigantische Karawanen pusten ganze Seen von Benzin in die Atemluft, um Früchte von Land zu Land zu fahren, auf die eben gerade irgendjemand Appetit hat – und sei es noch so widersinnig… Keiner möchte mehr so „beschränkt“ leben wie die Großeltern, das scheint Jahrhunderte her. Doch ein Umbruch ist im Gange:

Während die meisten noch damit beschäftigt sind, den ganzen Globus zu beanspruchen, um immer alles zu haben, erkennen mehr und mehr Menschen, dass genau dieses Alles-immer eine Falle ist. Und dass es keineswegs Einschränkung bedeutet, sich saisonal zu ernähren, wenn man dafür eine regionale Sortenvielfalt genießen kann, von der Supermärkte nicht mal träumen.

Auf unserem Ein-Hektar-Hof wachsen etwa 50 verschiedene Obst- und Gemüsekulturen. Je Kultur bauen wir verschiedene Sorten an: Kennen Sie roten Spitzkohl, weiße Gurken, blaue Bohnen, schwarzen Kürbis, roten Mais, gelbe Bete, lila Tomaten und pinkfarbene Rüben? Es sind z. T. ganz alte Sorten, die wohlschmeckend und kräftig sind, weil angepasst an die hiesigen Verhältnisse. Sie müssen erntefrisch geges-sen werden und vertragen keinen wochenlangen Transport. Das ist der Grund, warum man sie nicht im Supermarkt kaufen kann. Wir bauen solche Gemüse verstärkt an, zusätzlich zu den ca. 70 Kräutersorten, die das Essen würzen und im Winter gesund halten. In Bioland-Qualität. Seit 20 Jahren.

Der Verkauf unseres Gemüses lebt davon, dass der Käufer sowohl das Gemüse als auch die viele Arbeit des Landwirts wertschätzt. Mit den Preisen von subventioniertem EU-Biogemüse aus Monokulturen können wir allerdings nicht mithalten, deshalb kommt es vor, dass unsere vielen bunten Gemüsesorten nur zur Hälfte gekauft werden und übersüßte Apfelzüchtungen aus Neuseeland mehr Käufer finden als der Klarapfel direkt vom Baum. Wir haben deshalb nach Alternativen gesucht und gefunden:

Im Januar 2014 haben wir eine CSA gegründet und bewirtschaften den Hof seither hälftig auf gemeinschaftliche Weise. CSA – im Englischen „Community Supported Agriculture“, also „Gemeinschaftsunterstützte Landwirtschaft“ - ist eine neue alte Form des Wirtschaftens, die im Deutschen auch Solidarische Landwirtschaft (SoLaWi) genannt wird. In Zeiten massiven Höfesterbens aufgrund einer nicht mehr zu bewältigenden Konkurrenz auf dem globalen Markt ist diese Form des Miteinanders grundsätzlich anders, weil sie auf Gegenseitigkeit basiert und zu den natürlichen Zyklen zurückkehrt. Eine Gruppe von Menschen sammelt sich um den Hof, geht für ein Jahr eine feste, vertraglich fixierte Verbindung mit dem Hof ein und zahlt das zu 100 % saisonale Gemüse im Voraus – der Betrag sichert dem Bauern vorab die Existenz, die er dann ganz dem Anbau von Obst und Gemüse für „seine“ Gruppe widmen kann. Der Hof kann überleben und mit ihm die Produktion von gutem, unbelastetem Gemüse aus der unmittelbaren Region. Die gesamte Gruppe trägt das Risiko von Ernteausfällen mit, sie erhält aber auch die Überschüsse aus dem Anbau und zahlt somit übers Jahr gesehen weniger als in Biomärkten. Nirgendwo gibt’s so frisches Gemüse wie hier: direkt vom Feld auf den Teller. So schmeckt´s am besten und so ist´s am gesündesten!

Wichtiger Teilaspekt ist das Mitarbeiten der Teilnehmer im Anbau – für 25 Stunden im Jahr. Damit sind Stoßzeiten abgepuffert und beim Bauern stellt sich keine Überlastung ein. Während man mitarbeitet, erlernt man außerdem den ökologischen Anbau gleich mit. Es wächst die Wertschätzung der Ernte und ein neuer Bezug zur Natur – das wurde schon von den vielen Mithelfern bestätigt, die es inzwischen weltweit und zunehmend auch in Deutschland gibt.

66 CSA’s gibt es hierzulande bereits. Unsere nennt sich CSA KIRBERGHOF, weil der Name Kirberg dort vor 1000 Jahren bereits urkundlich erwähnt wurde und Nachfahren dieses Namens heute noch dort leben. Unser Wirtschaftsjahr beginnt im März und geht bis Ende Februar 2016.

Interessenten können gern dienstags zu den Hofladenzeiten mit uns Kontakt aufnehmen und uns kennenlernen, denn noch sind einige Ernteanteile zu vergeben: Bioland-Gärtnerei Ischebeck, Backesheide 1 in Haan-Solingen, Di. 10 - 13 und 16 - 18.30 Uhr. Weitere konkrete Infos sind zu erfragen unter: www.bioland-ischebeck.de Und jetzt genießen wir knackigen Topinambursalat.

ds

FÜRKELTRATH 2 BEDROHT SOLIDARISCHE LANDWIRTSCHAFT

Der Kirberghof liegt im Walder Norden nördlich der Siedlung Holz und nord-westlich der Hofschaft Gütchen und wird von Lutz Ischebeck und Daniele Schaefer betrieben (siehe Titelfoto). Vom Ende der Korkenziehertrasse hat man heute noch einen guten Blick auf die landwirtschaftlichen Flächen. Auf der Ackerfläche des Kirberghofes wird ausschließlich biologisches Gemüse angebaut, das von BIOLAND, dem bedeutendsten Verband für ökologischen Landbau in Deutschland zertifiziert ist. Auf der Hälfte des Bodens wird mit ca. 50 Teilnehmern Solidarische Landwirtschaft (siehe Artikel auf Seite 3) betrieben.

Obwohl der Stadt Solingen nur ca. die Hälfte der Fläche des von ihr geplanten Gewerbegebietes Fürkeltrath 2 gehört und der Eigentümer des Kirberghofes öffentlich einen Verkauf des Geländes und eine Aufgabe des Hofes ablehnt, treibt die Stadtverwaltung Planungen voran, hier das Gewerbegebiet Fürkeltrath 2 zu errichten.

Während die 1993 von einem der anerkanntesten Klimaforscher, Prof. Dr. Wilhelm Kuttler erstellte „Stadtklimaanalyse Solingen“ in der „Planungsrelevanten Klimafunktionskarte Stadt Solingen“ für das gesamte geplante Gewerbegebiet Fürkeltrath 2 den Planungshinweis „Möglichst von Bebauung und Trassenführung freihalten, Senkung der bodennahen Schadstoffemissionen“ gab, will die Stadt hier „emittierende Produktion“ ansiedeln (http://www.solingen-redet-mit.de/thema/potenzialflaeche-fuerkeltrath-2). Selbst das von Dr. Monika Steinrücke aktuell vorgelegte „Klimagutachten für das Ittertal in Solingen“, das ansonsten weitgehend auf Empfehlungen zur Ablehnung der Bebauung konkreter Flächen verzichtet, empfiehlt zu Fürkeltrath 2: „Die Sperrschicht einer Inversionswetterlage kann im Winter eine Rolle für die Lufthygiene im Bereich von Fürkeltrath II spielen, daher möglichst keine emittierenden Betriebe ansiedeln.“

Auch der Erschließungsaufwand für das Gewerbegebiet spricht gegen die Bebauung von Fürkeltrath 2. Dazu schreibt die Stadtverwaltung: „Das nach südsüdost fallende Gelände verursacht einen erhöhten Erschließungsaufwand.“ Die Kosten der gewaltigen Geländeumformungen für ebene Bauflächen werden allerdings nicht benannt. Höhendifferenzen bis zu 12m müssen terrassierend ausgeglichen werden.

In Solingen gibt es nur noch sehr wenige Landwirte, die von ihrer Arbeit leben können. Schon die Versorgung mit regional erzeugten Produkten ist nicht gesichert. In unserer Region gibt es insbesondere nur einen geringen Anteil biologischer Landwirtschaft. Der außergewöhnlich fruchtbare Boden im Bereich des geplanten Gewerbegebietes Fürkeltrath 2 trägt mit dem Kirberghof sowie einem weiteren BIOLAND-zertifizierten Landwirtschaftsbetrieb dazu bei, die Versorgung mit regional erzeugten biologischen Produkten zu ermöglichen.

Aber das darf keine Rolle spielen, wenn die Stadt wild entschlossen ist, ein Gewerbegebiet im Außenbereich „Auf der grünen Wiese“ zu planen.

Dietmar Gaida

REGIONALPLAN: EINSPRÜCHE FÜR DAS ITTERTAL

Bis zum 31.3. können Einsprüche gegen den Regionalplan der Bezirksregierung Düsseldorf eingelegt werden. Möglicherweise – aber dies ist noch nicht sicher – muss eine weitere Einspruchsfrist gewährt werden, weil die ausführliche Stellungnahme des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) beim Beschluss des Regionalplanes nicht rechtzeitig vorlag. Der Regionalplan sieht u.a. die vier zusätzlichen, besonders umstrittenen Gewerbegebiete im Ittertal vor. Die Bürgerinitiative „Rettet das Ittertal“ hat eine Kurzfassung für Einsprüche erstellt, die die wichtigsten Argumente gegen diese Planungen enthalten:

An die Bezirksregierung Düsseldorf, Dezernat 32, Postfach 300865, 40408 Düsseldorf

Stellungnahme zum Entwurf für den Regionalplan Düsseldorf
(Bezug: Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf Nr. 42 vom 16.10.2014)

Ich widerspreche der Ausweisung der vier Freiflächen Buschfeld, Keusenhof, Fürkeltrath 2 und Piepersberg-West im Ittertal in Solingen als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) bzw. als Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) für eine gewerbliche Nutzung.

- Das Ittertal verbindet als einziger Grünzug die großen Natura 2000-, FFH- und Naturschutzgebiete Hildener Heide, Ohligser Heide, Ittertal, Tal der Wupper und Burgholz miteinander. Es hat eine unverzichtbare Funktion als Biotopvernetzung. Das Gutachten „Ökologische Bewertung des Ittertals in Solingen“ hat 2013 einen hohen oder sehr hohen ökologischen Raumwiderstand festgestellt. Auch der Beirat der unteren Landschaftsbehörde lehnt die Planungen ab.
- Das Ittertal hat erhebliche soziale Bedeutung als Naherholungsraum für mindestens 40.000 Anwohner und Besucher. Die vier Freiflächen im Ittertal beeinträchtigen u.a. den Bergischen Weg, den Bergischen Panorama-Radweg (u.a. Korkenzieherbahn) und den Solinger Klingenpfad.
- Die „Stadtklimaanalyse“ gibt für Fürkeltrath 2 und Buschfeld Hinweise: „Möglichst von Bebauung und Trassenführung freihalten“, „Senkung der bodennahen Schadstoffemissionen“.

Für Piepersberg West und Keusenhof lauten sie: „Bodennahe Schadstoffemissionen vermeiden“ und „Verinselung entgegenwirken“.

- Die Flächen stehen in landwirtschaftlicher Nutzung und weisen Böden mit hoher nachhaltiger Fruchtbarkeit auf. Die Existenz der Landwirte würde gefährdet.
- Der Grundsatz Innenraumentwicklung vor Außenraumentwicklung wird missachtet. Solingen verfügt über 50 ha an freien Gewerbeflächen außerhalb der vier Freiflächen im Ittertal. Ein „erkennbarer Bedarf“, wie er von der Stadt Solingen formuliert wird, liegt nicht vor. Die Zahl der Industriebetriebe in Solingen hat sich seit 1990 um 41,5% reduziert. In den letzten Jahren sind in großem Umfang innerstädtische Gewerbeflächen mit Fremdnutzungen überplant worden. In ausgewiesenen Gewerbegebieten können z.T. seit Jahrzehnten Flächen nicht verwertet werden (so z.B. seit 2001 das Gewerbegebiet Fürkeltrath 1).

Weitere Infos: www.rettetdasittertal.de

VEGAN ESSEN IN SOLINGEN

Wer in Solingen Appetit auf Veganes verspürt und nicht selber kochen möchte, dem bietet sich zumindest eine kleine, aber feine Auswahl an Lokalitäten, die sich ganz dem veganen Trend entsprechend mit ihrem Angebot an Interessierte und „Ausgefleischte“ richten.

LaLeLi

das Cafè in Solingen Ohligs auf der Lennestraße 8, bietet Samstags ein veganes Frühstück (10 - 14.00) und Sonntags Nachmittags (ab 14.00) Kaffee und Kuchen, selbstgebacken.
Seit einem halben Jahr betreibt der Verein Vegan in Solingen e.V. dieses kleine nette Cafè, zum Sommer soll es auch draußen im Hof einige Tische geben.
Der Verein zählt derzeit 65 Mitglieder, die mehr oder weniger bei der Einrichtung der Räume mitgewirkt haben oder den Betriebsablauf gestalten und die Gäste bewirten.

Harald Raffalski, (Bild) die gute Seele im Cafè, er hat schon Cafèerfahrung mitgebracht: „unser größter Kundenkreis sind die Nicht – Veganer!“ zaubert die herrlichen Kaffeeköstlichkeiten, unterstützt von ebenfalls ehrenamtlichen HelferInnen. Ziel ist, die Öffnungszeiten in die Woche auszuweiten, auch sollen dann warme Gerichte, bio – vegan, angeboten werden.
www.laleli-cafe.de

BULLS VEGAN

auf der Hildener Straße 82, ebenfalls in Solingen Ohligs, kommt dagegen ganz anders daher: klare Linien ohne Schnörkel und ohne das sonst in veganen Kreisen anzutreffende esoterisch angehauchte Flair – stattdessen klar, weiss und geradlinig – alles Überflüssige wurde bewusst weggelassen. Doch es hat eine eigentümliche Wirkung: begleitet von dezenter Clublounge Musik kommt man während des Wartens auf das Bestellte angenehm zur Ruhe und das Warten hat einen Grund: im BULLS VEGAN bereiten der Chef und 1 – 2 Köche vieles frisch zu, fast alle Zutaten werden selbst produziert, mit Ausnahme der veganen Currywurst und den Pommes. Ja, bei den Pommes nehmen wir die Besten, im für viele Kunden gewohnten McDonalds Format, sagt mir Robert Krolo, der das BULLS VEGAN seit 3 Monaten zusammen mit seiner Freundin Julia Nicolai, die bei Hochbetrieb mithilft, führt (Di - Sa, 12 - 21.30, So. - Mo. 17 - 21.30).
Schwerpunkt hier ist der Burger in 5 Varianten, es gibt Wraps, Gyros und eine klassische Currywurst.
„Wir wollen den Flexitarier mit unserem Angebot ansprechen“ sagt Robert Krolo, selbst seit 8 Jahren Veganer – „wenn jeder ab und zu mal Vegan ißt, hat er damit wieder ein Huhn gerettet!“, so seine Philosophie.
www.bullsvegan.de

GRILL 2000

in der Stadtmitte auf der Kölner Straße 96 ist zwar kein reiner Veganer, aber er bietet einen veganen Döner auf Sojabasis in verschiedenen Varianten und Falafel mit Kichererbsenfrikadellen unter der Rubrik Arabic an, auch hier stimmt es geschmacklich, zudem sind die Preise hier nicht höher als bei herkömmlichen Fleischvarianten (tgl. 11 - 22.00).
Überhaupt, es ist schon etwas teurer, veganes Bewußtsein umzusetzen, haben die Tests ergeben. Das liegt an den ungleich höheren Einkaufskosten der Zutaten und der Zubereitung.
Das es auch ein gemeinsames Nebeneinander gibt, zeigt das Angebot im GRILL 2000.

Michael Alberti (Text und Fotos)

KOMMUNALES SCHWIMMBAD ERHALTEN!

Die Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“ betrachtet mit großer Sorge die Idee der Solinger CDU, mit dem Bau eines PPP-Schwimmbades dem städtischen Haushalt langfristige Belastungen durch eine millionenschwere Verschuldung mit unkalkulierbaren Risiken aufzubürden. Außerdem würde damit ein weiteres Element der Daseinsvorsorge privatisiert.

Das lehnt „Solingen gehört uns!“ entschieden ab, denn Daseinsvorsorge gehört in Bürgerhand.

Das Schwimmbad Vogelsang muss saniert werden. Die veranschlagten Kosten dafür sind inzwischen von € 2,8 Mio. auf € 5,3 Mio. gestiegen. Die Diskussion ist seit Jahren im Gange: Soll teil- oder vollsaniert werden, oder soll gleich neu gebaut werden.

Public Private Partnership - Allwetterschwimmbad Friesoythe - Vorbild?
Angesichts des Schuldenberges sieht die CDU in einem PPP-Projekt die passende Lösung. Vorbild ist das Allwetterbad in Friesoythe, eröffnet im Oktober 2014.
Das Bauunternehmen Depenbrock aus Bielefeld hat das Bad in einer Öffentlich-Privaten-Partnerschaft für die Stadt Friesoythe geplant, gebaut und unterhält es für die kommenden 25 Jahre. Dafür zahlt die Stadt ab Fertigstellung eine „Miete“ an die finanzierende Bank. Dem Bauunternehmen zahlt sie zusätzlich einen regelmäßigen Betriebskostenzuschuss.
Friesoythe konnte den Haushalt kurzfristig um die Baukosten entlasten, legt langfristig möglicherweise aber viel Geld drauf, denn der Vertrag wurde als „Forfaitierung mit Einredeverzicht“ für 25 Jahre abgeschlossen.

Die Risiken von PPP-Verträgen mit „Forfaitierung mit Einredeverzicht“
„Forfaitierung mit Einredeverzicht“ ist ein kreditähnliches Rechtsgeschäft - stellt also eine Verschuldung dar.
Mit der Unterschrift des Oberbürgermeisters geht der Investor mit dem „Mietvertrag“ zur Bank und verkauft ihr die Mietforderungen. Die Bank schätzt den Gesamtwert der Mieten für die gesamte Laufzeit, in der Regel für 25 Jahre, und zahlt an den Investor den Gesamtbetrag sofort aus, bzw. verrechnet die Summe mit dem Baukredit und mit gewissen Abzügen. Das ist die „Forfaitierung“.

Kredit:
Die Bank verlässt sich auf die Rückzahlungssicherheit der Kommune, welche vertraglich verpflichtet ist, Tilgung und Zins in jedem Fall zu bedienen, unabhängig von den Leistungen der privaten Investoren.

Handelbar:
Der Kredit ist weiterverkäuflich, ein weiteres Risiko. Oft geschieht dies zum ersten Mal unmittelbar nach Vertragsabschluss (wie beim PPP-Rathaus). Damit könnte sich das Schwimmbad plötzlich im Portfolio eines „Global Player“ wiederfinden.

Betriebskosten:
Die Konditionen für den Betriebskostenzuschuss werden in einem geheimen Vertrag festgelegt. Mögliche Kostensteigerungen während der Vertragslaufzeit werden zwar einkalkuliert, übersteigen auf längere Sicht aber immer wieder die Erwartungen.
Kürzungen für Minder- oder Schlechtleistungen im laufenden Betrieb werden durch den „Einredeverzicht“ ausgeschlossen oder mit einem komplexen Rechtsweg enorm erschwert.

Geheimhaltung:
Durch die übliche Geheimhaltung solcher Verträge kann vom Bürger nichts überprüft werden.

Die Eintrittspreise würden bei einem PPP-Schwimmbad im Vergleich zum städtischen Vogelsang-Schwimmbad erheblich ansteigen.

Kurzfristiger Vorteil – Langfristige Risiken:
Die Solinger Politik hat mittlerweile realisiert, dass der Neubau des Rathauses

Foto: Dietmar Gaida

2008 als PPP-Projekt ein schlechtes Geschäft war: Die Stadt zahlt bis zum Ablauf der 30-jährigen Vertragslaufzeit fast doppelt so viel Miete wie der Bau gekostet hat, und dann gehört das Rathaus immer noch nicht den SolingerInnen. Der Vorteil, die Baukosten nicht auf einen Schlag erbringen zu müssen, wird damit langfristig viel zu teuer.
Landesrechnungshöfe haben mehrfach Fehler bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung solcher PPP-Projekte kritisiert.

Alternative:
Ein Kommunalkredit für den Bau eines neuen Schwimmbades ist günstiger und frei von den Risiken, die ein PPP-Projekt mit sich bringt.
Die Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“ ist jedoch der Meinung, dass eine zukunftsfähige Sanierung des bestehenden Bades am sinnvollsten ist, zumal dafür bereits erhebliche Investitionen getätigt worden sind.
Es sollte weiterhin geprüft werden, ob die aktuellen Finanzzusagen der Bundesregierung für kommunale Investitionen die Chance auf eine Unterstützung für Sanierungsmaßnahmen beim kommunalen Schwimmbad Vogelsang bieten.

Die Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“ appelliert an die Solinger Politik, sich nicht noch einmal auf ein risikoreiches „PPP-Projekt“ einzulassen!

Birgit Correns
B. I. „Solingen gehört uns!“

Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus

Wir beschäftigen uns mit den Themen Rassismus, Neonazismus, Bleiberecht für Flüchtlinge, Auswirkungen von Hartz IV auf MigrantInnen, Nationalismus, Militarisierung, Stolpersteine, Aufrüstung der Bundeswehr und Einschränkung der Bürgerrechte.

Kontakt: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3, 42655 Solingen, solinger-appell@operamail.com

Treffen alle 14 Tage donnerstags um 20h im Café Courage

GENUG GEKÜRZT, SOLINGEN! REDE VON DIETMAR GAIDA FÜR DIE TACHELES BEI DER DEMONSTRATION AM 6.12.2014

Liebe junge und ältere Solingerinnen und Solinger, es ist sehr gut und für die Zukunft unserer Stadt enorm wichtig, dass hier so viele Menschen zusammengekommen sind, um gegen die Zerstörung der Lebensqualität Solingens und gegen das Ausbluten der kommunalen Selbstverwaltung zu protestieren. Diese Demonstration ist der sichtbarste Protest gegen diese unverantwortliche Politik. Aber auch die Proteste des Botanischen Gartens, der Mitglieder des Fahrgastbeirates, des Stadtjugendrings, des Stadtsportbundes, des Bündnisses für Familie, der Naturschutzverbände, der betroffenen Jugendbildungseinrichtungen Waldschule, Fauna und Schullandheim Westersburg haben mitgeholfen, dass es heute so aussieht , dass voraussichtlich viele der schlimmsten Sparvorschläge doch noch einmal abgewendet werden können. (...)

Die SolingerInnen wurden am 25. 9. durch die Sparvorschläge der Verwaltung geschockt. Sie wurden von der Schnelligkeit, mit der die Kürzungen innerhalb von 2 ½ Monaten ohne jede Bürgerbeteiligung durchgesetzt werden sollten, überrumpelt. Ist das Absicht oder nur schlechte Planung seitens des OB und der Verwaltung? (...)

Die eigentliche Ursache der Misere liegt aber in der Bundespolitik. Die unverantwortliche Politik der aktuellen, aber auch der Vorgänger-Bundesregierungen hat die Finanzkraft der Kommunen immer stärker eingeschränkt. Immer mehr Aufgaben wurden den Kommunen übertragen, ohne ihnen die dafür erforderlichen Finanzmittel zu geben. Der Stadt Solingen wurden allein zwischen dem Jahr 2000 und heute von Bund und Land für ca. 35 Mio. € zusätzliche Aufgaben übertragen, die nicht entsprechend finanziert

wurden. Statt diejenigen mit sehr hohen Einkünften sowie die Konzerne finanziell stärker in die Verantwortung zu nehmen und deren Steuern zu erhöhen, wurde die Finanzmisere auf das schwächste Glied, auf die Städte und Gemeinden abgewälzt. (...)

Das größte Problem im voraussichtlichen Ratsbeschluss zum Haushalt wird die Sparmaßnahme M Flex sein. Hier sollen vermutlich schon im Laufe des nächsten Jahres weitere, bisher unbekannte Sparmaßnahmen beschlossen werden. Dies ist eine gewaltige Summe und es ist zu befürchten, dass hiermit wiederum starke Einschnitte in das soziale, kulturelle und ökologische Angebot Solingens vorgenommen werden sollen. Deshalb wird es von entscheidender Bedeutung sein, dass unser Protest gegen die Zerschlagung der Lebensqualität Solingens anhält. Dafür fordern wir, dass die Debatte über diese neue Sparrunde mit breiter Beteiligung der SolingerInnen und mit ausreichender Zeit für eine gesellschaftliche Diskussion stattfindet.

Der Kampf für eine Gemeindefinanzreform, die die notleidenden Städte wieder atmen lässt, bleibt aber die wichtigste Auseinandersetzung, die wir gewinnen müssen. Der den Städten aufgezwungene Sparkurs macht die Städte kaputt. Daran ändern auch noch so kreative und sozial verträgliche Einsparvorschläge nichts Grundsätzliches. Wir müssen endlich dafür sorgen, dass die verantwortlichen PolitikerInnen in Bundestag und Bundesregierung ihre Politik ändern. (...) Lasst und gemeinsam noch viel mehr Druck aufbauen!

WAS IST AUS DEN PROBLEMATISCHSTEN EINSPARVORSCHLÄGEN VON OB FEITH (CDU) GEWORDEN?

Im Folgenden dokumentieren wir Einsparvorschläge der Verwaltung (fett gedruckt) sowie die (entscheidenden) Beschlüsse des Stadtrates zu diesen Vorschlägen:

„Aufgabe Hallenbad Vogelsang“:
Der Stadtrat lehnte dies ab.

„Aufgabe Hallenbad Heide“:
Der Stadtrat lehnte dies ab.

„Rückführung Nahverkehrsplan auf Niveau vor Ratsbeschluss“:
Der Rat lehnte die Kürzung des gerade mit intensiver Beteiligung des Fahrgastbeirates für die Fahrgäste verbesserten, für mehrere Jahre gültigen Nahverkehrsplans um 300.000 €/Jahr ab. Stattdessen soll der Nahverkehrsplan unverändert erhalten bleiben. Es soll aber der „Fahrplan auf Niveau des Nahverkehrsplanes“ begrenzt werden. Über den Nahverkehrsplan hinausgehende zusätzliche Leistungen in Höhe von 200.000 €/Jahr sollen abgebaut werden.

„Reduktion Nahverkehrsplan“:
Der Stadtrat lehnte die vorgeschlagene Kürzung um 600.000 €/Jahr ersatzlos ab.

„Schließung Walter-Bremer-Institut“:
Statt der „Schließung“ wurde die „Absenkung der Zuschusssumme“ beschlossen. Nach wie vor soll der Zuschuss gestrichen werden, einen Schließungsbeschluss gibt es aber vorerst nicht. Jetzt wird an die Landesregierung und an die Apothekerkammer appelliert, die Schule für Pharmazeutisch-Technische Assistenten zu finanzieren.

„Flächenoptimierung Bibliothek/Zentralisierung Bürgerbüro (Zusammenlegung Clemensgalerie, Gasstraße und Ohligs in die Bibliothek)“:
Die Einsparsumme wurde beibehalten. Der Rat beschloss jedoch die „Aufrechterhaltung des Internetcafés im Erdgeschoss“ der Stadtbibliothek. Dagegen plante die Verwaltung die Verlegung der Kfz-Zulassungsstelle dorthin. Hier ist noch nichts entschieden: Widerstand gegen die Einschränkung der Stadtbibliothek ist weiter notwendig.

„Wegfall Baumschutzsatzung“:
Der Rat beschloss, die Baumschutzsatzung zu erhal-ten. Die Beratung, Begutachtung zur Satzung soll von der Verwaltung auf die Waldschule übertragen und die Standards überprüft werden.

„Wegfall Zuschuss Tierparkschule (Fauna)“:
Der Stadtrat lehnte dies ab.

„Aufgabe Zuschuss Waldschule“:
Der Stadtrat lehnte dies ab.

„Wegfall Zuschuss Schullandheim“:
Der Stadtrat lehnte dies ab.

„Reduzierung Zuschüsse an den Eissport“:
Der Stadtrat lehnte dies ab.

„Übertragung oder Schließung Botanischer Garten“:
Der Stadtrat lehnte dies ab.

„M Flex … Schwerpunkte hierbei sind: Standardreduzierung, weitere Zuschusskürzung, Pauschale Anpassung von Ansätzen erfolgt zentral …“:
Als zusätzliche flexible Einsparmaßnahme schlug die Verwaltung bisher unbekannte Maßnahmen in Höhe von 14,1 Mio. € vor. Der Stadtrat beschloss eine Summe von 7,1 Mio. € einzusetzen, ohne Vorfestlegung etwa auf Zuschusskürzungen. Weiter wurde im Ratsbeschluss festgehalten: „Über diese ist in den entsprechenden politischen Gremien zu beraten und zu beschließen.“ Damit ist bisher unklar, ob es hier um interne Einsparungen oder um Kürzungen für die BürgerInnen und die kulturellen und sozialen Vereine geht. Deshalb gilt es, auf die Ausgestaltung der Maßnahme besonders gut aufzupassen!

Dietmar Gaida

DIGITALES BERGISCHES INFORMATIONSZENTRUM (DBI)

Nach einem ersten halben Jahr als Ratsmitglied der Fraktion Die Linke muss ich mit Schrecken und Frustrationen feststellen, dass Politik im wesentlichen aus Mangelverwaltung besteht und es in Solingen keine Partei gibt, die irgendwelche Visionen für Zukunftsprojekte hat. Innovationen, seien sie technischer, seien sie sozialer Art, gibt es nicht. Das wichtigste Motto der Politik heißt „Kenne mer nit, bruche mer nit, fott domit!“ Doch mit Sparen kann man keine ökonomische Dynamik erzielen. Wer wie die meisten Politiker nur auf Vorlagen der Verwaltung reagiert, hat aber seine Aufgabe als aktiv handelnder Politiker völlig falsch verstanden.

Einzig die Partei Die Linke hat in den letzten sechs Monaten drei konkrete Investitionsprojekte vorgestellt: Ein Tagungs- und Kongresszentrum für Oberburg, eine deutsch-türkische Fachhochschule für moderne Metallverarbeitung in der Innenstadt und ein Friedensmuseum in der ehemaligen Waffenfabrik Hörster. Ein viertes Projekt ist die hier erstmals präsentierte Idee einer Digitalisierung der Stadtbibliothek.

Die soeben gegründete Regionale Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft will die Bergische Kooperation weiter entwickeln und stärken. Strukturpolitisch geht es dabei um die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft und die gemeinsame Beantragung von Fördermitteln auf EU-, Bundes- und Landesebene. Ein hiermit vorgeschlagenes Digitales Bergisches Informationszentrum (DBI) könnte bei der neuen Bergischen Kooperation das dazu notwendige informationelle Rückgrat darstellen. Denn jeglicher realer Austausch ist nur mit einem Informationsaustausch möglich.

Erst unter den technischen Vorzeichen einer Digitalisierung ist eine systematische Zusammenführung sämtlicher Information und Kommunikation (IuK) im Bergischen Städtedreieck von Wuppertal, Solingen und Remscheid möglich. Sämtliche IuK meint:

— Text, Bild und Bewegtbild,

— Texte in Form von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften, Veröffentlichungen der Stadtverwaltungen (Ratsinformationssysteme)

— alle Bestände der Öffentlichen Hand, der Privatwirtschaft, der Schulen und privater Individuen (auf freiwilliger Basis)

— alle Fachgebiete: Industrie und Technik (Metallverarbeitung, Fertigungstechnik, Galvanotechnik), Naturwissenschaften, Gesundheit und Medizin, Gesellschaftswissenschaften (Geschichte, Kultur, Politik), Ökonomie (Handel, Gewerbe, Patente, Geo- und Planungsdaten) und Unterhaltung.

Die Verteilung von Wissen und Unterhaltung durch öffentliche Bibliotheken in Deutschland gehorcht ganz wesentlich drei Prinzipien: kostenloser Zugang zu Wissen, Wissen für alle und Wissensangebote aus allen Fachgebieten. Diesen drei Grundsätzen kommt die Solinger Stadtbibliothek seit vielen Jahren zur Zufriedenheit der Solinger Bevölkerung gut nach.

Doch im Internetzeitalter sind inzwischen neue Rahmenbedingungen entstanden, die alle drei bisherigen Prinzipien tangieren. Die Stadtbibliothek Solingen wird also auf ihrem Weg in Richtung auf Digitalisierung und Vernetzung weiterhin Unterstützung benötigen, sonst würde ihre Existenz mittelfristig gefährdet. Ein neues Digitales Bergisches Informationszentrum (DBI) soll die bisherige Arbeit der Stadtbibliothek nicht verändern, soll ihr aber mit einer zukunftsorientierten Aufgabe eine Dynamik für neues Wachstum geben, zumal Solingen inzwischen über ein Hochgeschwindigkeitsnetz verfügt.

Industriepolitisch gibt es mittelfristig ein nennenswertes ökonomisches Wachstum nach den Zukunftsprognosen des Basler Prognos-Instituts nur entlang der folgenden drei Parameter: 1. Digitalisierung, 2. kleine Unternehmensgröße und 3. Dienstleistungssektor, natürlich auch in seiner Funktionalität für das produzierende Gewerbe. Das hier vorgeschlagene Digitale Bergische Informationszentrum (DBI) würde genau auf dieser Linie liegen.

Städteplanerisch ist in der Stadtmitte Solingens, in der die Stadtbibliothek Solingen ihren Sitz hat, von zwei Sachverhalten auszugehen. 1. Die Digitalisierung des stationären Einzelhandels wird den ansteigendem Leerstand von Geschäften in der Innenstadt erhöhen. 2. Bei der Selbstkannibalisierung der beiden in der Innenstadt miteinander konkurrierenden Ladengalerien wird die unterkapitalisierte Clemens-Galerie, Standort der Solinger Stadtbibliothek, den kürzeren ziehen. Aus beiden Gründen ist eine Bedeutungszunahme der Stadtbibliothek Solingen sinnvoll. Sie könnte das zukünftige Bedeutungsloch der Innenstadt abfedern, wenn ihr nicht die Räumlichkeiten im Erdgeschoss, die für ihre Attraktivität als Anbieter traditioneller Medien und eines Internetcafés so wichtig sind, genommen werden.

Analog und Digital *Foto: Heinz Mähner*

Die Stadtbibliothek Solingen wird deswegen als ein alter Informationsort für dieses neue Digitale Bergische Informationszentrum (DBI) vorgeschlagen. Informationswissenschaftler, Informatiker, Dokumentare, Archivare und Bibliothekare haben heute aufgrund der Digitalisierung sehr eng miteinander verflochtene Berufsfelder und –aufgaben. Es sind genau diese höherwertigen Berufsgruppen, die für ein solches Zentrum in Solingen gebraucht werden.

Das Digitale Bergische Informationszentrum (DBI) muss in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft sein, weil öffentliches Wissen ein öffentliches Gut (Allmende) ist. Es grenzt sich damit von einer Privatisierung öffentlicher Wissensbestände ab. Dieser Grundgedanke steht nicht im Widerspruch dazu, dass einzelne Dienstleitungsangebote für einzelne kommerzielle Kunden marktwirtschaftlich bepreist werden können.

Das Digitale Bergische Informationszentrum (DBI) arbeitet mit Open Source, fühlt sich dem Informationsfreiheitsgesetz von NRW, dem Datenschutzgesetz von NRW, dem Grundsatz der informationellen Selbstbestimmung und verschiedenen anderen Gesetzen und Normen des Transparenzgebotes verpflichtet.

Die gegenwärtige Arbeit der Stadtbibliothek mit ihrem Schwerpunkt in der Kinder- und Jugendarbeit kann sich stolz überall sehen lassen. Doch es gibt kein Ausruhen auf Lorbeeren und eine Stagnation bei Budget und Personal ergibt keine Wachstumsdynamik. Genau die aber wäre dann gegeben, wenn sich die Stadtbibliothek mit einem Digitalen Bergischen Informationszentrum (DBI) ein zweites Standbein zulegen würde. Die Mittel dazu sind im Regionalen Strukturprogramm für die EU-Förderperiode 2014 - 2020 vorhanden.

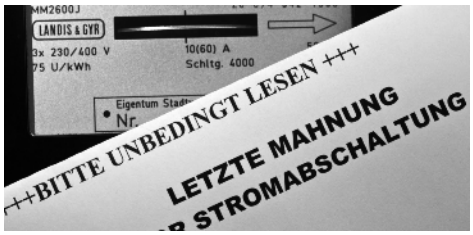
Jörg Becker
Ratsmitglied der Fraktion Die Linke und Kulturausschussvorsitzender

Immer längere Wartezeiten bei Beratung und Hilfen

Eine Anfrage der Grünen bezüglich allgemeiner Wartezeiten für die Bearbeitung von Anträgen im Sozialausschuss ergab, dass zahlreiche Hilfen und Beratungen nur nach erheblichen Warte- und Bearbeitungszeiten geleistet werden. Wartezeiten von zwei und mehr Wochen auf einen Termin und weitere Wochen Bearbeitungsdauer sind schon fast zur Regel geworden. Die trifft beispielsweise zu auf die Wohnungnotfallhilfe (2 Wochen) sowie auf die Bescheiderteilung bei Wohngeldanträgen (4 bis 6 Wochen). Am längsten warten Hilfesuchende in Solingen auf vom Jobcenter beantragte Gutachten beim Stadtdienst Gesundheit, etwa für die Überprüfung der Erwerbsfähigkeit. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit beträgt ihr 11 Monate.
Beim Kundenzentrum des Jobcenters an der Kamper Straße beträgt die durchschnittliche Wartezeit 67 Minuten. Die anschließende durchschnittliche Bearbeitungszeit beträgt 12,5 Minuten.

360 Ein-Euro-Jobs

Offiziell heißen sie „Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandentschädigung“ (AGH). Vor einigen Jahren gab es zahlreiche solcher Ein-Euro-Jobs. In der Spitze waren es etwa 700 allein in Solingen. Heute sind es noch ganze 360. Davon sind 190 bei den Wohlfahrtverbänden angesiedelt und 170 bei Beschäftigungsgesellschaften, wie der GABE, dem Internationalen Bund oder der Neuen Arbeit Ittertal. Im Vergleich zu vergangenen Jahren hat sich der Zahl der AGH`s damit mehr als halbiert.
Konkret eingesetzt sind die Ein-Euro-Jobber in Altenheimen (53), in Kindertagesstätten (23) und im Ganztag der Schulen (22). Als Hausmeisterhelfer arbeiten 23.



Weniger Sozialwohnungen, mehr Leerstände

Die Anzahl der öffentlich geförderten Wohnungen in Solingen war schon in den vergangenen Jahren sehr gering. Der neue Wohnungsmarktbericht stellt einen weiteren drastischen Rückgang fest: Im Jahr 2013 wurden nur noch 26,5 Sozialwohnungen pro 1000 Einwohner gefördert. 1999 waren es noch 56 Sozialwohnungen für 1000 Einwohner.
Die Leerstands-Quote von Wohnungen hat sich von 1,93 % in 2004 auf 4,83 % in 2013 erhöht.

Engpässe bei Ein-Personen- und mehr als 4-Personen Haushalten

Laut Wohnungsmarktbericht der Stadt ist die Mietsituation in Solingen, im Verhältnis zu anderen Städten, noch relativ entspannt. Engpässe gibt es allerdings bei kleineren Wohnungen bis 50 Quadratmetern (durchschnittlich 6,90 Euro pro m²) und bei über 80 m² großen Wohnungen (durchschnittlich 6 Euro pro m²). Auf diesem Hintergrund stieß im Sozialausschuss der Stadt die Regelung der Kosten der Unterkunft für Hilfeempfänger auf Kritik. Diese berücksichtige diese Engpässe nicht und bringe Singles und größere Familien in erhebliche Schwierigkeiten.

Immer mehr Stromsperrungen

2209 Haushalte, also etwa 5000 Personen, waren im Geschäftsjahr 2013/14 der Solinger Stadtwerke von Stromsperrungen betroffen. In 2011/12 waren es noch 2049. Ein vor zwei Jahren von einer Expertengruppe entwickeltes kommunales Konzept gegen steigende Energiearmut scheiterte damit vor allem an der mangelnden Bereitschaft der Stadtwerke, vorgeschlagene Maßnahmen entsprechend zu unterstützen.

Frank Knoche

Vitamine aus der Zahnpastatube

Ich besuchte mit meiner Tochter und meinem Enkelsohn den Vortrag „Vitamine aus der Zahnpastatube“ in der Stadtbibliothek.
Veganer, Vegetarierer und einfach Interessierte kamen zahlreich dorthin. Im Rahmen der Aktionswochen „Ich und meine Stadt-Zukunft gestalten“ informierte Herr Hiller über das Thema vegane Ernährung.
Es fand ein recht reger Dialog mit dem Publikum statt. Innerhalb einer Generation hat sich der Fleischkonsum in Deutschland verdoppelt.
Vegan zu leben ist eine bewusste Willensentscheidung. Für den Veganer sind Milchprodukte und Eier tabu. Allerdings kann ein Vitamin-B-12-Mangel auftreten. Vitamin B-12 gibt es vor allem in tierischen, aber auch in einigen pflanzlichen Produkten. Es geht nicht nur um Ernährung, sondern um eine Lebensweise. Ich fand den Vortrag informativ, meine Tochter meint, ein Veganer weiß, wie er sich zu ernähren hat.

Anette Kugler

Wer oder was ist Attac?

Attac richtet sich an alle, die nicht länger ohnmächtig zusehen wollen, wie Politik und Wirtschaft die Zukunft der Welt verspielen.
Wir machen uns Gedanken über Auswege aus weltweiten und lokalen Problemen, die durch die neoliberale Globalisierung entstehen und zeigen Alternativen auf.

Eine andere Welt ist möglich!

Attac-Solingen trifft sich jeden 1. Freitag im Monat um 19 Uhr im Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3, Solingen.
Jeden 3. Mittwoch im Monat organisiert Attac-Solingen das Themen-Frühstück „Armut geht uns alle an - gemeinsam etwas erreichen!“ von 10 bis 12 Uhr im Café Courage.

Bei unseren Veranstaltungen sind interessierte Mitmenschen immer herzlich willkommen.

Mehr Infos:
www. attac-netzwerk.de/solingen
Kontakt: solingen@attac.de
Birgit Correns, Tel.: 0212 / 80157

AUFRUF ZUM GEDENKEN AN DEN 72. JAHRESTAG DER DEPORTATION SOLINGER SINTI

Mindestens 62 - zumeist Solinger - Sinti, die Hälfte davon Kinder unter 14 Jahren, wurden am 3. März 1943 von der Kriminalpolizei aus den beiden städtischen „Zigeuner-Lagern“ (Potshauser Straße 10 und Wörthstraße 24) zur Deportation in das Vernichtungslager Auschwitz zusammengetrieben und abtransportiert. Für mindestens 55 von ihnen war dies eine Fahrt in den Tod.

Der 3. März 2015 ist der 72. Jahrestag dieser Deportation. Im letzten Jahr wurde das Gedenken an diesen Tag erstmalig von einem breiten Bündnis organisiert. Das Bündnis für Toleranz und Zivilcourage hat daraufhin beschlossen, dieses denkwürdige Datum jährlich mahnend und feierlich zu würdigen. Angesichts des aktuell wieder erstarkenden Antiziganismus, der zunehmenden Diskriminierung und so genannten „humanitären“ Abschiebungen der Roma in angeblich sichere Herkunftsstaaten (Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina) fordern wir aktuell, ähnlich wie bei den jüdischen Einwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion, ein zusätzliches, großzügiges Kontingent für Roma und Sinti, welche hier leben wollen. Eine Abschiebung in diese Länder bedeutet für Roma, dort ausgegrenzt, ohne Bildung und Schule, ohne Job, medizinische und soziale Hilfe, in improvisierten Blechhäuservierteln und in Bettelarmut, leben zu müssen. Die zunehmende Abschiebung in diese an sich schon armen Länder verschärft dort den Diskriminierungsdruck noch weiter.
In Deutschland leben heute weit über hunderttausend Sinti und Roma mit deutscher Staatsangehörigkeit. Erst 1997 wurden diese - seit dem 15. Jahrhundert im deutschsprachigen Raum präsenten - Gruppen als nationale Minderheit anerkannt. 2011 hat die EU ihre Mitgliedsstaaten verpflichtet, Strategien zur Integration der Roma und Sinti zu erarbeiten. Seitdem hat sich ihre Lebenswirklichkeit nur wenig verbessert. Der Antiziganismus hatte, ebenso wie der Antisemitismus, gerade in Deutschland, auch vor der Machtübertragung an die Hitler-Diktatur, eine lange Tradition. Auch während der Weimarer Republik verhielten sich in Solingen vor allem die Medien, Ordnungsbehörden und Polizei gegenüber den „Zigeunern“ ebenso repressiv und diskriminierend wie im ganzen Land.

Auftakt-Kundgebung an den Clemens-Galerien Foto:Heinz Mähner

Nach 1933 verschärften die Nazis die bisher schon üblichen behördlichen Repressionen. Spätestens nach dem Befehl von SS-Führer Himmler vom 16. Dezember 1942 wurde die Vernichtung der Roma und Sinti systematisch betrieben.
Heute, 72 Jahre nach dieser Deportation, rufen wir die Solingerinnen und Solinger auf, keine weitere Diskriminierung von Roma und Sinti aus Rumänien, Ex-Jugoslawien und anderswo mehr zuzulassen. Die Probleme der Flüchtlinge und Armutsmigranten dürfen nicht auf Kosten von Minderheiten ethnisiert werden.
Stellt euch gegen die rassistischen Parolen von Pro NRW, NPD, Republikanern und Pegida! Setzen Sie sich, gemeinsam mit uns, für eine humane und liberale Willkommenskultur, für den Schutz, eine menschenwürdige Versorgung, ärztliche Behandlung und Unterbringung aller Menschen ein, die in unserer Stadt leben und arbeiten wollen!
Tragen Sie mit dazu bei, dass die bislang weitgehend vergessene nationalsozialistische Verfolgung der Sinti und Roma im kollektiven Gedächtnis unserer Stadt bewahrt wird und den nachkommenden Generationen Mahnung und Aufforderung sein wird.

Aufrufer/innen:
Bündnis für Toleranz und Zivilcourage,
Solinger Appell – Forum gegen Krieg und Rassismus,
Bunt statt braun,
SOS- Rassismus,
Bleiberecht,
Aktion Stolpersteine,
Christlich-Islamischer Gesprächskreis Solingen,
Türkischer Volksverein Solingen und Umgebung e. V.,
tacheles – Zeitung für Emanzipation und Solidarität,
Ausschuss für Zuwanderung und Integration (ZUWI),
Internationale Liste,
Solingen-interaktiv,
Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in der Stadt Solingen,
Zukunftswelten e. V.,
VVN- Bund der Antifaschisten,
Naturfreunde Solingen-Theegarten,
Naturfreunde Wald/Ohligs,
Linksjugend solid

Abschluddkundgebung am Mahnmal, an der Korkenziehertrasse (nähe Klauberger Straße)

REDE VON SUPERINTENTIN ILKA WERNER

zum Gedenken an die Deportation Solinger Sinti nach Auschwitz

März 1943, 62 Solinger Sinti — die Familien Reinhardt, Straub, Wagner, Steinbach, Weiß, Meinhard — werden nach Auschwitz deportiert, nachdem sie vorher schon in sogenannten „Zigeunerlagern" an der Potshauser Straße und in Merscheid zwangsweise untergebracht wurden.

Mindestens 55 von ihnen sterben, die Hälfte Kinder unter 14 Jahren.
Nur, weil sie Sinti sind.
Diskriminierung. Zwangsunterbringung. Deportation. Mord.
Nur, weil sie Sinti waren.

Gedenkmarsch am 3.3. 2015 zum Mahnmal an der Korkenziehertrasse

Das darf nicht vergessen werden.

Manche sagen heute: Dass ist so lange her, nun muss es doch mal gut sein mit dem Gedenken.
Aber im Gedächtnis einer Familie ist es nicht lange her: die Generation der Großeltern, vielleicht Urgroßeltern war dabei, die Eltern der heute 50-jährigen waren damals Kinder.
Es ist zu früh, zu vergessen, wenn sich noch Menschen erinnern können, an Orte, an Menschen, an Täter und Opfer, wenn noch Menschen die Lücken in den Familien und Stadtteilen spüren.
Es geht heute nicht mehr darum, wer Schuld hat — aber es geht darum, zu verhindern, dass Antiziganismus und Rassismus und Antisemitismus wieder Macht gewinnen in Deutschland. Es geht darum, Verantwortung zu übernehmen für ein menschliches Land, in dem Diskriminierung, Zwangsunterbringung, Deportation und Mord nicht mehr vorkommen.

Es geht darum, Verantwortung zu übernehmen.

Dafür, wie wir heute mit Menschen umgehen, die uns anders vorkommen.
Dafür, wie wir heute mit Menschen umgehen, die nicht von hier sind.
Dafür, wie wir heute mit Menschen umgehen, von denen irgendjemand behauptet, sie seien weniger wert.
Die Bibel kennt ein gutes Konzept. Jeder, jede soll sich um die kümmern, die ihm am nächsten sind: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.

Dr. Ilka Werner

Nächstenliebe, sagen Christen und Christinnen.
Nächste: das sind die aus der Familie, ja, aber auch die aus der Straße und der Stadt, nicht unbedingt die, die wir uns aussuchen würden, sondern die, die uns zufällig über den Weg laufen.

Auch Fremde, Arme, Hilfsbedürftige, Verfolgte.

Für die sollen wir Verantwortung übernehmen, denen sollen wir Respekt erweisen, die sollen wir lieben wie uns selbst.
Nächstenliebe.
Das ist ein Konzept, das auch funktioniert, wenn man nicht gläubig ist: sich für die zuständig fühlen, die einem begegnen. Nicht weggucken, hingucken und was machen.

Das ist auch ein realistisches Konzept, keiner wird überfordert: niemand ist für alle verantwortlich, aber jeder für die in der Nähe, niemand muss die ganze Welt retten, aber die, die ihm begegnen.
Und: Nächstenliebe ist ein Konzept für eine vielfältige multikulturelle Gesellschaft: denn keiner fragt, ob der, der in Not ist, oder ob die, die Hilfe braucht, die gleiche Herkunft hat oder die richtige Bildung oder den passenden Glauben. Nächstenliebe ist ein antirassistisches Konzept.

Probieren wir es aus: Nächstenliebe als Konzept des Zusammenlebens und der Wachsamkeit und der Hilfe in unserer Stadt.
Für eine menschliche Gesellschaft.

tacheles-Jahresabo
Ein Jahr für 13 € frei Haus
Unterstützungs-Abo 20 € frei Haus

Bankverbindung
Bürgerinitiativenbüro e.V.
BLZ 330 605 92
(Sparda Bank)
Konto-Nr. 546 4641
Stichwort „tacheles-Abo"

INTERNATIONALE KURZMELDUNGEN

Solidarität mit afghanischer Familie

Die Internationale Liste bittet um Spenden für die Zusammenführung einer afghanischen Familie. Nach Afghanistan kann er nicht mehr zurück, nachdem der deutsche Staatsbürger mit afghanischen Wurzeln in seinem Geburtsland Entwicklungshilfe leistete und vor den Taliban flüchten musste. Seine Familie, die er jetzt nach Deutschland bringen will, musste er damals zurücklassen. Nun fehlen ihm die finanziellen Mittel, diesen Plan umzusetzen.
Die Internationale Liste, in der sich der Betroffene organisiert, hat jetzt dafür ein Solidaritätskonto eingerichtet und bittet um Spenden:
IBAN DE69 3425 0000 0001 2089 58, BIC SOL SDE33XXX bei der Stadtsparkasse Solingen. Verwendungszweck Familien-zusammenführung A

Von Racak zum Majdan

Ein Jahr nach dem von Berlin geförderten Umsturz in der Ukraine werfen aktuelle Berichte ein neues Licht auf das Kiewer Massaker vom 20. Februar 2014. Das Blutbad, bei dem mehr als 50 Menschen zu Tode kamen, forcierte den Sturz von Staatspräsident Wiktor Janukowitsch und wurde zugleich genutzt – auch in Deutschland -, um ihn zu legitimieren. Wie Zeugen nun bestätigen, begann es mit tödlichen Schüssen bewaffneter Demonstranten auf Polizisten; die Repressionskräfte hätten das Feuer demnach erst erwidert, als sie beim Rückzug erneut in einen Kugelhagel geraten seien. Trifft dies zu, dann kann von einem von der Regierung gezielt geplanten Massaker keine Rede sein. Zudem deuten Indizien nach wie vor darauf hin, dass auch die Scharfschützen, die anschließend gezielteTodesschüsse abgaben, der damaligen Opposition zuzurechnen waren. Das Blutbad ist bis heute ebenso wenig aufgeklärt worden wie etwa der Tod von mehr als 40 Kosovo-Albanern Mitte Januar 1999 in Racak, der vom Westen ungeachtet gegenteiliger Hinweise als Resultat einer Massenexekution deklariert wurde und maßgeblich zur Legitimation des Überfalls auf Jugoslawien beitrug. Weitere Fälschungen und Lügen von Politik und Medien vor und während des Kosovo-Kriegs belegen, dass Manipulationen wie diejenigen im Ukraine-Konflikt nicht neu sind, sondern vielmehr zum Standardrepertoire des deutschen Establishments in eskalierenden Konflikten gehören.
http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59060

Kosovo-Flüchtlinge: Das Desaster der Kriegs-Treiber und Befürworter

Selbstkritik war noch nie die Stärke von Mainstream-Politikern. Anlässlich der massenhaften Flucht der Bevölkerung des Kosovo stellen sich die Fragen an die damaligen Kriegsbefürworter allerdings unausweichlich. Wofür wurde denn dieser sogenannte humanitäre Krieg für Minderheiten- und Menschenrechte geführt, wenn es die Menschen in dem von uns befreiten und nach westlichen Werten gestalteten Land nicht mehr aushalten und in das Land der Befreier flüchten? Ging es dabei wirklich um die humanitäre Lage der Menschen im Kosovo oder vor allem um die geostrategischen Interessen der NATO gegen Jugoslawien und Russland? Die Antwort auf diese Frage präsentieren uns jetzt die Flüchtlinge. Das Hauptziel des Krieges, das blockfreie und antikapitalistisch orientierte Jugoslawien zu beseitigen und damit indirekt Russland zu schwächen, wurde erreicht. Was kümmert uns da noch wie die Menschen, die als Vorwand dienten diesen Krieg zu führen, heute leben? Ein Kollateralschaden eben!
Statt die damalige kriegsbefürwortende Haltung selbstkritisch zu hinterfragen und die Realitäten des Ergebnisses dieser Politik zur Kenntnis zu nehmen, wird nach der Methode, dass nicht sein kann was nicht sein darf, glattgebügelt: Wer aus dem Kosovo flieht hat dazu kein Recht. Wofür haben wir euch denn befreit, ihr undankbaren Kosovoalbaner. Wir haben euch zwar einen Balkan-Marschall-Plan und blühende Landschaften an der Seite der EU und NATO versprochen, aber ihr habt ja die Chancen nicht genutzt. Dass wir die Mafia in eurem Land an die Regierung gebracht haben war sicherlich ein Problem, aber wir konnten uns damals die Verbündeten nicht gerade aussuchen und schließlich habt ihr die ja auch selbst gewählt. Solange ihr unsere Demokratie noch nicht gelernt habt, müsst ihr es eben aushalten in diesem Land. Auch wir Deutschen waren mal sehr arm nach dem verlorenen Krieg. Wir haben es aber geschafft, mit Fleiß und Dankbarkeit für unsere Freiheit. Da müsst ihr jetzt auch durch! So einfach ist die Welt, in der das Recht des (wirtschaftlich) Stärkeren regiert.

Frank Knoche

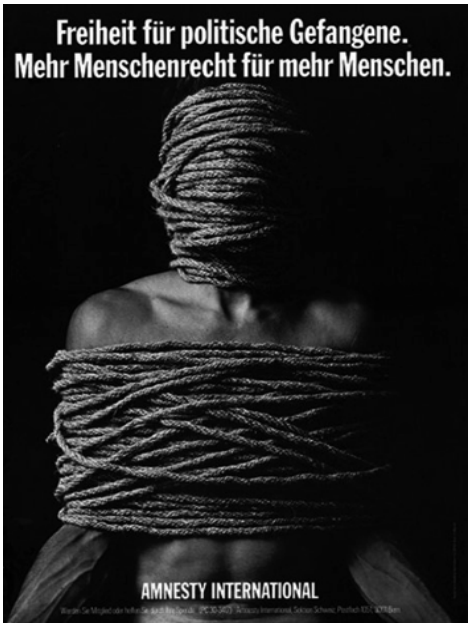
alfal
MESSEBAU
UWE ALVERMANN
BURGSTRASSE 112
42655 SOLINGEN
TELEFON (02 12) 31 06 61
TELEFAX (02 12) 31 15 59
MOBIL 0172-655 68 22
U.ALVERMANN@ARCOR.DE

MitgärtnerIn

für ökogisch bewirtschafteten Kleingarten in Untengönrath gesucht

Kontakt unter mowhak@gmail.com

STOP FOLTER: FÜR EINE WELT FREI VON FOLTER



Schlafentzug, Elektroschocks, simuliertes Ertränken. Es gibt viele Arten, Menschen zu foltern - immer wird den Betroffenen schweres Leiden zugefügt, soll ihr Wille gebrochen werden. Oft kämpfen sie ihr Leben lang mit den Folgen. Meist sind es staatliche Sicherheitskräfte, die Folter durchführen, anordnen oder billigen. Die Abkommen der Vereinten Nationen stellen klar: Folter ist verboten - überall und unter allen Umständen. In Mexiko, Afghanistan, China, USA oder dem Irak. Amnesty International kämpft für eine Welt ohne Folter.

In den vergangenen fünf Jahren hat Amnesty International aus 141 Ländern glaubwürdige Berichte über Folter und Misshandlung erhalten.
Gefoltert wird aus unterschiedlichsten Gründen: Um die politische Opposition einzuschüchtern oder im sogenannten Krieg gegen den Terror. Der häufigste Grund für die Anwendung von Folter wird in der Öffentlichkeit allerdings kaum wahrgenommen - Folter gilt in vielen Staaten als einfachster Weg, um Geständnisse zu erpressen und schnell vermeintliche Ermittlungserfolge vorzuweisen.
Aus Deutschland berichtet Amnesty keinen Folterfall, auch wenn es Berichte über Misshandlungen durch die Polizei gibt. Trotzdem müsse Deutschland endlich das Zusatzprotokoll der Anti-Folter-Konvention konsequent umsetzen.
„Bisher ist die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter, die Hafteinrichtungen überprüfen soll, völlig unterfinanziert. Damit macht sich Deutschland als Verfechter der Menschenrechte international unglaubwürdig“, stellt Çaliskan, Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschlandfest.

Die Kampagne „Stop Torture“
Amnesty International fordert die Regierungen dazu auf, konkrete Maßnahmen zum Schutz gegen Folter, wie sie in internationalen Abkommen festgehalten sind, zu ergreifen. Dazu gehören:
- Zugang der Gefangenen zu Anwälten, Ärztinnen, Angehörigen und Menschenrechtsbeobachtern
- Video-Aufzeichnung der Verhöre
- Unangemeldete Überprüfung der Hafteinrichtungen
- Medizinische Dokumentation von Folterfällen
- Bessere, unabhängige Kontrolle der Polizei
- Strafverfahren gegen mutmaßliche Folter-er
- Keine Verwendung von erpressten Geständnissen vor Gericht

Die weltweite Arbeit von Amnesty International im Kampf gegen Folter geht weiter.

Auch Sie können sich für Menschen einsetzen, die gefoltert wurden oder in Gefahr sind, gefoltert zu werden. Werden Sie jetzt aktiv!

Die folgenden Schicksale sind beispielhaft für das tägliche Unrecht.

SETZEN SIE SICH MIT IHRER UNTERSCHRIFT EIN FÜR:

Saudi-Arabien: Raif Badawi
USA: CIA-Folterbericht
Usbekistan: Erkin Musaev
Philippinen: Alfreda Disbarro
Nigeria: Moses Akatugba

Unterschreiben können Sie auf der Internetseite *http://www.stopfolter.de/* .

Helmut Eckermann
Amnesty-Gruppe Solingen
http://www.amnesty-solingen.de/

amnesty international

ai

Sektion der
Bundesrepublik
Deutschland e.V.
Bezirk 3560
Gruppe 1424

Helmut Eckermann
Burger Landstraße 19
42659 Solingen

V-MANNLAND AUCH IN SOLINGEN

Im Dezember 2014 hielt sich zwei Tage lang ein Fernsehteam in Solingen auf und recherchierte in Sachen der Verfassungsschutz-Agenten Bernd Schmitt und Wolfgang Frenz. Der inzwischen verstorbene Bernd Schmitt spielte eine nie völlig aufgeklärte Rolle im Zusammenhang mit dem Solinger Brandanschlag. Drei der vier als Täter verurteilten Solinger trainierten in seiner Kampfsportschule „Hak Pao", die sich unter der Leitung des V-Mannes Schmitt zu einem Organisations-Zentrum der rechtsextremen Szene entwickelte, welche hierdurch zu einer bislang nicht vorhandenen Anziehungskraft und Stärke gelangte. Der in Aufderhöhe lebende Heilpraktiker Wolfgang Frenz gehörte zur Führungsriege der NPD und wurde als langjähriger V-Mann zur Schlüsselfigur des gescheiterten ersten NPD-Verbotsprozess.

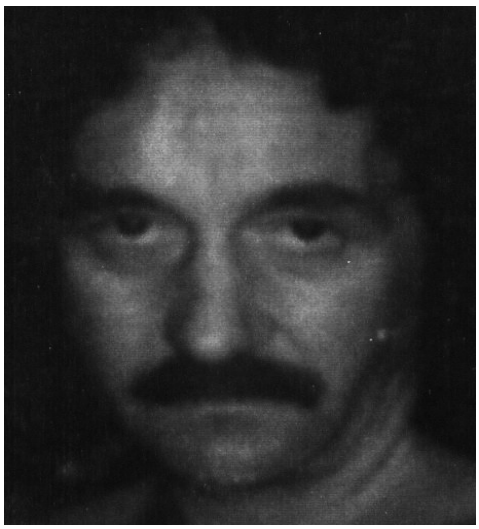
Der Film wird als Primetime-Dokumentation „VMANNLAND" im April in der Reihe „die Story" im Ersten Deutschen Fernsehen gezeigt. Neben einem Interview mit Frenz sollen dort auch Zeitzeugen aus der Zeit vor und nach dem Brandanschlag Ende Mai 1993 zu Wort kommen.

Im Rahmen ihrer Recherche vor Ort waren die Fernsehjournalisten schon überrascht, dass die Rolle des Verfassungsschutzes im Zusammenhang mit dem mörderischen Anschlag bis heute weitgehend unaufgeklärt bleibt.

Tatsächlich wird heutzutage ja das Oktoberfest-Attentat von 1980 neu bewertet. Der NSU-Prozess zeigt das ganze Versagen des Verfassungsschutzes und wie selbst heute noch vertuscht werden soll. Beim NRW-Untersuchungsausschuss, der bis 2017 andauern soll, ist allerdings fraglich, ob „die Akte Bernd Schmitt" geöffnet wird.

Öffnet NRW-Untersuchungsausschuss die Akte Bernd Schmitt?

Der Untersuchungsausschuss soll zwar unter anderem herausfinden, ob und wie in der Zeit von 1991 bis 2014 bei der Aufklärung rechtsextremer Straftaten in NRW geschlampt wurde. Ob die Untersuchungen jedoch über das NSU-Umfeld hinausgehen wird bezweifelt. Der Solinger Appell und viele andere Initiativen hatten anlässlich des 20ten Jahrestages des Solinger Brandanschlages einen NRW Untersuchungsausschuss insbesondere auch zu diesem Thema gefordert. Dies wurde zunächst von der rot-grünen Landesregierung abgelehnt. Von Piraten-Partei und CDU unter Druck gesetzt, wurde der Untersuchungsausschuss allerdings doch noch beschlossen. Insbesondere die SPD dürfte Probleme mit der Untersuchung des Solinger V-Mann-Falles haben, alldieweil sich ihr damaliger Innenminister, Herbert Schnoor hier mit der Aussage lächerlich machte, dass vor dem Brandanschlag „der organisierte Rechtsextremismus in Solingen bisher nicht Fuß fassen konnte". Auch behauptete Schnoor, dass „alle Vorwürfe, Unterstellungen und Mutmaßungen" als „haltlos" zu bezeichnen seien, „die besagten, der VS habe eine rechtsextremistisch orientierte Institution gegründet, betrieben oder gefördert oder sonst wie unterstützt, um den Rechtsextremismus besser im Blick zu haben". Ebenso haltlos sei der Vorwurf, der VS habe dabei billigend in Kauf genommen, „dass rechts-extremistische Bestrebungen und Gedanken fokussiert, verstärkt worden seien oder sich auf nur den Sport suchende Jugendliche ausgewirkt haben". Nach dem heutigen Kenntnisstand hat der VS zwar nicht direkt eine rechtsextreme Institution gegründet, aber alles andere darüber hinaus, was Schnoor verneinte, trifft zu. Schnoor hatte seinem Agenten Schmitt auch nur eine beschränkte Aussagegenehmigung erteilt, weshalb heute immer noch widersprüchliche Aussagen des Verfassungsschutzes bezüglich seiner Hinweise auf vermeintliche Tatverdächtige und Spuren unaufgeklärt sind.



Bernd Schmitt

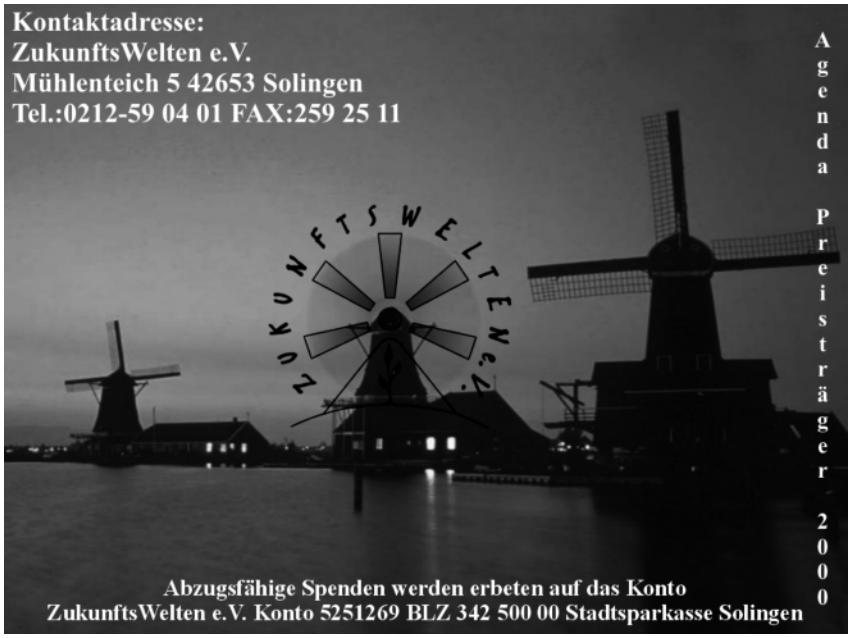
Kriminelle im Dienst des Staates

Bernd Schmitt jedenfalls ist ein typischer Beleg für die These des Geheimdienstexperten Rolf Gössner, wonach V-Leute des Verfassungsschutz oft „Kriminelle im Dienst des Staates" waren und sind. Schmitt war 17 mal, vor allem wegen Eigentumsdelikten und Körperverletzung, vorbestraft. Als „nachrichtenehrlicher und zuverlässiger Mitarbeiter" (Schnoor) des Staatsschutzes schreckte er vor Nebengeschäften zu seinen Gunsten nicht zurück. So verkaufte er zum Beispiel der Solinger Antifagruppe für 50 Mark die Mitgliederliste der Solinger Republikaner.

Der wahrscheinlich dienstälteste V-Mann des Verfassungsschutzes, Wolfgang Frenz, hatte, wie Vorbild Adolf Hitler auch, seine politische Karriere als Staatsschutz-Spitzel begonnen. Den größten Teil seiner auf 400.000 Mark geschätzten Spitzelhonorare stiftete er der NPD. Seine Abfindung von 10.000 DM, welche er nach Ausscheiden aus dem Dienst 1995 erhielt und die ihm zur Verfügung gestellte Pistole vom Typ Walther PKK durfte er zum Schutz vor linksextremistischen Anschlägen behalten.

Frank Knoche

(Rolf Gössner: Geheime Informanten)



Zivil-militärisches

BERLIN/NIENBURG AN DER WESER Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und die Bundeswehr haben eine historisch einmalige Kooperationsvereinbarung geschlossen. Der sogenannte Zukunftspakt sieht vor, das DRK direkt in das „Zentrum Zivil-Militärische Zusammenarbeit“ der deutschen Streitkräfte im niedersächsischen Nienburg zu integrieren. Die Hilfsorganisation wird dort unter anderem ein „ständiges Verbindungsbüro“ unterhalten und sich sowohl an der Planung als auch an der Durchführung von Kriegsoperationen beteiligen.

Schon 2003 bekannte sich das DRK explizit zur „Mitwirkung“ an Militäreinsätzen. 2008 definierte dann ein Bundesgesetz die „Unterstützung des Sanitätsdienstes der Bundeswehr“ als zentrale „Aufgabe“ der Hilfsorganisation. Seit 2009 unterhält das DRK darüber hinaus einen eigenen „Beauftragten für zivil-militärische Zusammenarbeit“. Geprobt wird die Kooperation seit vergangenem Jahr im Rahmen des Manövers „Joint Cooperation“. Dieses zielt erklärtermaßen auf die Implementierung eines „Netzwerks“ von Militärs und Hilfsorganisationen, das bei Interventionen in ausländischen Bürgerkriegsgebieten zum Tragen kommen soll.

www.german-foreign-policy.com

Pfandsammeln Strafbar? 97 Strafanzeigen ...

... hatte der Hamburger Flughafen im letzten Jahr gegen Pfandsammler gestellt, die gegen das dort geltende Sammelverbot verstoßen haben.

Der Sozialarbeiter Stephan Karrenbauer kennt viele der Betroffenen persönlich: „Die meisten der Flaschensammler, die zu mir kommen, sind ehrliche und fleißige Menschen. Sie versuchen, sich legal über Wasser zu halten. Wenn sie dafür dann auch noch Anzeigen bekommen, ist das Gift für ihr Selbstwertgefühl.“

Deshalb startete er am vergangenen Dienstag eine Petition und forderte den Flughafen auf, die Strafanzeigen zurückzunehmen und das Pfandsammeln wieder zu erlauben. Innerhalb weniger Tage unterschrieben über 57.000 Menschen seinen Aufruf. Bereits am Donnerstag reagierte der Flughafen: „Wir haben verstanden.“

Gemeinsam mit Stephan Karrenbauer und seinem Team verständigte sich der Flughafen auf eine Lösung, die das Pfandsammeln am Flughafen wieder erlaubt. Alle 97 Strafanzeigen werden ohne Ausnahme zurückgenommen.

„Wir danken allen, die sich engagiert haben“, sagt Karrenbauer. „Die vielen Unterschriften haben sicherlich dazu geführt, dass wir so schnell eine Lösung finden konnten und Pfandsammler nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden.“

Bürgerfunk in Remscheid und Solingen

März 2015
Dienstag 15.3. 19 Uhr Ohrwerk
Sonntag 22.3. 19 Uhr Radiostammtisch
Samstag 28.3. 19 Uhr Mixed Tape

April 2015
Samstag 4.4. 20 Uhr Stimme der Senioren
Sonntag 12.4. 19 Uhr Hangkgeschmedden
Sonntag 19.4. 19 Uhr Ohrwerk
Samstag 25.4. 19 Uhr Mixtape
Sonntag 26.4. 19 Uhr Radiostammtisch

Mai 2015
Sonntag 3.5. 19 Uhr Stimme der Senioren
Sonntag 10.5. 19 Uhr Hangkgeschmedden
Sonntag 17.5. 19 Uhr Ohrwerk
Sonntag 24.5. 19 Uhr Radiostammtisch
Samstag 30.5. 19 Uhr Mixtape

Juni 2015
Samstag 6.6. 20 Uhr Blaue Welle
Sonntag 7.6. 19 Uhr Stimme der Senioren
Sonntag 14.6. 19 Uhr Hangkgeschmedden
Sonntag 21.6. 19 Uhr Ohrwerk
Samstag 27.6. 19 Uhr Mixtape
Sonntag 28.6. 19 Uhr Radiostammtisch

„Solingen gehört uns!“

Unsere überparteiliche Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“ setzt sich für den Erhalt und die Förderung öffentlicher Daseinsvorsorge ein. Dazu gehören die Rekommunalisierung der Stadtwerke Solingen sowie Verbesserungen beim öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Seit der Gründung Anfang 2007 stellen wir uns gegen jede weitere Privatisierung der Grundversorgung unserer Stadt Solingen durch profitorientierte Konzerne.

Wir fördern die demokratische Verantwortung in unserer Stadt Solingen: durch Öffentlichkeit, Transparenz und mit Hintergrund-Informationen.

Wir treffen uns jeden ersten Dienstag im Monat um 19.00 Uhr
im Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3
Interessierte sind bei uns herzlich willkommen!

Mehr Infos: www.solingen-gehoert-uns.org
info@solingen-gehoert-uns.org

Sterbehilfe für Bürgerfunk im Lokalradio

Das langsame Sterben des Bürgerfunkes setzt sich fort. Die sechs verbliebenen Bürgerfunkgruppen in Solingen und Remscheid können seit einiger Zeit nur noch sonntags, mit wenigen Ausnahmen samstags, senden. Sendezeit ist 19 oder 20 Uhr. Befürchtet wird durch diese Verschiebung auf einen äußerst ungünstigen Sendeplatz, dass kaum noch einer den Bürgerfunk hört. Mit dieser Maßnahme wurde das Geschäftsinteresse der Werbung bedient, welche sich seit je her vom Bürgerfunk um Sendeplätze während der Woche geschädigt sah. An den werbefreien Sonntagen stört der Bürgerfunk diese Interessen nicht. Der Solinger Radiostammtisch forderte deshalb von der rot/grünen Landesregierung, welche in ihrer ersten Regierungszeit den Bürgerfunk massiv unterstützte, lebensrettende Maßnahmen ein.

Frank Knoche

März bis Mai 2015
getaway
www.facebook.com/getawaysolingen

MI
Comedy Punch Club
Unsere beliebte Comedy-Show!
Wieder jeden Mittwoch!
Start: 20 Uhr Eintritt: frei

SA
jeden 1. Samstag
Charts Party
feat. ROCKBAR
in der Cocktailbar
Start: 21 Uhr Eintritt: 7 €

SA
Ü 30 Party
jeden 2. und 4. Samstag
und in der Cocktailbar:
Night of Dance Classics
oder Wilde 13 reloaded
Start: 21 Uhr Eintritt: 7 €

SA
jeden 3. Samstag
Zurück in die Zukunft
80er & 90er Party
feat. tanz:bar
In der Cocktailbar
Start: 21 Uhr Eintritt: 7 €

FR 06.03.2015
Reggae Reunion
Fitta Warri
Big Up Tunes &
Don Raggamore
Start: 23 Uhr Eintritt: 5 €

DI 30.04.2015
TANZ IN DEN MAI
Start: 22 Uhr Eintritt: 7 €

DI 29.05.2015
DüRPELPARTY
Start: 20 Uhr Eintritt: 7 €

SA 30.05.2015
jeden 5. Samstag
EXIT PARTY
mit den Original Dj´s
Start: 21 Uhr Eintritt: 7 €

Kottendorfer Str. 21 - 42697 Solingen

gruppeninfos

AG Weiße Rose: Geschwister-Scholl-Schule, Querstraße 42

Amnesty international:
Treff jeden 1. Mittwoch im Monat 20h, Café Courage, Kontakt: Tel.: 4 15 78

Attac: Jeden 1. Freitag im Monat, 19h, Café Courage, Kontakt: solingen@attac.de,

Ausländerrechtliche Beratungskommision:
Hilfe für Härtefälle im Ausländerrecht, Kontakt: Helmut Eckermann (Tel.: 4 15 78) oder Diakonisches Werk, Frau Scott (2 87 27)

bleiberecht.com: www.bleiberecht.com

BürgerEnergie Solingen eG:
Kontakt und weitere Informationen: www.buergerenergie-solingen.de, info@buergerenergie-solingen.de

Bürgerinitiative „Rettet das Ittertal“: www.rettetdasittertal.de, Post@rettetdasittertal.de

Bürgerinitiative „Solingen gehört uns“: Jeden 1. Dienstag im Monat. 19h, Café Courage, Mehr Infos: www.solingen-gehoert-uns.org
info@solingen-gehoert-uns.org

Café Courage: Klemens-Horn-Straße 3, 42655 SG, Tel.: 27 36 35

Cow Club: www.cowclub.de, Treff jeden Do. 20h Kantine / COBRA, Tel.: 6 59 86 89

DFG Niederberg/Berg, Land: Kontakt: Hagü Weber, Tel.: 7 48 09

FAU Solingen, anarchosyndikalistische Gewerkschaft, Offenes Treffen jeden dritten Freitag im Monat im Café Courage, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/

Förderverein Freibad Aufderhöhe: Kontakt: Birgit Everts, Gertrudisstr. 33, Tel.: 5 36 42

Frauenhaus: Tel: 5 45 00

Frauen helfen Frauen: Brühler Str. 59, Tel: 5 54 70

Informationsbüro Nicaragua: Postfach: 10 13 20, 42013 Wuppertal

Initiative „Bau-Stopp der Bayer-Pipeline“: Kontakt: D. Donner, Tel.: 02103/6 50 30

Öffentlichkeit gegen Gewalt: Kontakt: Ursel Ullmann, Tel.: 8 05 23

RBN, Bergischer Naturschutzverein: www.rbn-solingen.de; rbn@rbn-solingen.de, Kontakt: Thomas Blos, Tel.: 2 30 97 77

Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus: c/o Café Courage, Kontakt: solinger-appell@operamail.com, Treff: Do. 26.3.2015, 20h, dann 14-tägig

Solinger Arbeitslosenzentrum „Salz“: Tel.: 0212 23 13 44 33

Stiftung W: www.stifung-w.de; mail@stifung-w.de; Postfach 13 06 55, 42033 Wuppertal

tacheles: tacheles-solingen@gmx.de, www.tacheles-solingen.de; c/o Café Courage

Türkischer Volksverein Solingen und Umgebung e.V.:
Mehrgenerationenhaus, Mercimekplatz 1 (Früher Van-Meenen-Straße 1)

Unterstützerkeis Stolpersteine für Solingen:
c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel. 31 81 30

VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA):
www.solingen.vvn-bda.de, c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel. 31 81 30

ZukunftsWelten e.V.: Kontakt: Familie Thom, Mohrenkamp 20, SG, Tel.: 59 07 96